

## KURZ ERKLÄRT: RÜCKFÜHRUNGSGESETZ

Wir bekommen **mehr Ordnung in die Migration**. Wir werden schneller bei Rückführungen, erschweren irreguläre Migration und senken Anreize – auch bei Sozialleistungen –, irregulär nach Deutschland zu kommen.

Unser Einsatz für eine **neue Realpolitik** war erfolgreich: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat bereits viele unserer Vorschläge aufgegriffen. Nun hat die Koalition vereinbart, zu Jahresbeginn im Bundestag ein **Rückführungsgesetz** zu beschließen. Mit folgenden Maßnahmen erreichen wir eine **Migrationswende**:

- Mehr Abschiebungen ohne vorherige Ankündigung.
- Wo nötig, kommen Menschen schneller und länger in Ausreisegewahrsam (28 statt 10 Tage).
- Die Abschiebung von antisemitischen Straftätern, Intensivtätern, Mitgliedern krimineller Vereinigungen und Schleusern wird leichter.
- Das Auslesen von Mobiltelefonen zur Identitätsklärung wird erleichtert, die Befugnisse der Behörden bei der Durchsuchung von Gemeinschaftsunterkünften werden erweitert.
- Wer kein Recht hat zu bleiben, hat weniger Möglichkeiten, Verfahren zu verzögern.
- Künftig erhalten Asylbewerber in der Regel keine Leistungen mehr auf Höhe des Bürgergeldes.

Die Maßnahmen machen den Rechtsstaat durchsetzungsfähiger und sie fügen sich in die eingeleitete Migrationswende ein.

- Mit der **Reform des Staatsbürgerschaftsrechts** sorgen wir dafür, dass nicht mehr eingebürgert werden kann, wer unsere Werte nicht teilt, Antisemit ist oder nicht von seiner Arbeit leben kann.
- Zudem haben wir **Georgien und Moldau** als **sichere Herkunftsstaaten** eingestuft. Das war überfällig, denn Asylantragsteller aus diesen Ländern haben in der Regel keinen Asylgrund, sie können nun schneller abgeschoben werden – für die Kommunen eine spürbare Entlastung.
- Unser Ziel ist, dass **weitere** Staaten als sichere **Herkunftsländer** eingestuft werden und dass wir über **Abkommen mit Drittstaaten effektiver rückführen** können. So ein Abkommen wurde gerade mit Georgien abgeschlossen und es sollen weitere folgen.
- Noch immer kommen zu viele Menschen ohne Bleibeperspektive in die EU – daher müssen wir die **EU-Außengrenzen besser schützen** und **Asylverfahren** künftig bereits direkt dort durchführen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auch **Asylverfahren in Drittstaaten** möglich werden.
- Zudem sind die Bundesländer gefragt, ihre Hausaufgaben bei der Migration zu machen. Sie haben zugesichert, bundesweit **digitale Bezahlkarten anstelle von Bargeldzahlungen für Asylbewerber** einzuführen. Das muss schnell kommen.